

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1859

14.2.1859 (No. 39)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 14. Februar.

N. 39.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Preitscheide oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1859.

Deutschland.

Karlsruhe, 13. Febr. Heute ist eine allerhöchste Dekree (Nr. 14) vom 11. d. M. erschienen, wodurch dem Oberwachtmeister Kriss vom Artillerieregiment die silberne Zivil-Verdienstmedaille verliehen wird.

München, 10. Febr. Man schreibt der Berliner „Kreuzzeitung“ über die Stimmung in München: „Was wir in Preußen nicht so leicht erleben, wie da, wo erregbares Blut und größere Redseligkeit die Bewohner kennzeichnet, das sehen wir jetzt an der Tagesordnung: die politische Diskussion, patriotische Kundgebungen, Parteinarbeit, Wünsche, Bestrebungen auf dem Gebiet der Tagesfragen. Das beweist eine innige und allgemeine Theilnahme an dem, was vorgeht, und so groß ist das patriotische Interesse, die Theilnahme an der deutschen bez. italienischen Frage, daß darüber unsere eigene brennende Angelegenheit, die Ministerangelegenheit, in den Hintergrund getreten. Wenn ich Sie versichere, daß in allen Schichten der Bevölkerung Animosität gegen Frankreich, Freundschaft für Oesterreich und festes Vertrauen auf Preußen herrscht, so entspricht dem alle Kundgebungen, wie dieselben theilweise schon zur öffentlichen Kenntniss gekommen sind: die Interpellation Verdenfeld's, die einstimmige Unterstützung der Kammer, die sich kundgebende Befriedigung des anwohnenden Publikums und des ganzen Landes, die Einstimmigkeit der bayrischen Presse für Oesterreich gegen Frankreich und bis jetzt deren Vertrauen und zuwartendes Hoffen auf Preußen. Das „Testament des großen Kurfürsten“, ein Lieblingsstück unseres Publikums, ruft durch seine patriotischen Stellen einen immer wachsenden Beifall hervor. Prinz Eugenius, der erste Ritter, von der Bürger-Sängerzunft in einer Produktion vorgelesen, wurde von dem dort anwesenden Publikum aus den Reihen der Bürger mit Enthusiasmus aufgenommen und wiederholt verlangt. In den Wirthshäusern, wo sich ein viel größerer Theil des heftigen Lebens abspinnt, als bei Ihnen, wird die politische Gegenwart und Zukunft diskutiert. Politische Salons haben wir nicht, aber so viel man hört, ist der regierende Stand für Oesterreich und soll diese seine Gesinnung keineswegs zurückhalten.“

München, 12. Febr. Der „N. Münch. Ztg.“ zufolge lautete die Antwort, welche der Ministerpräsident, Hr. v. B. forderte, auf die Verdenfeld'sche Interpellation wegen der Erlassung eines Pferdeausfuhr-Verbots gab, wörtlich also:

„Meine Herren! Die vom Hrn. Abgeordneten Hrn. v. Verdenfeld gebrachte Interpellation, ein Verbot der Pferdeausfuhr aus Bayern betr., erlaube ich mir heute zu beantworten. Ein Verbot der Pferdeausfuhr kann (mit Erfolg) — heißt es nach der Besart der „Allg. Ztg.“ — d. R. nur allein vom Zollverein erlassen werden. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel ist schon früher im Schooße des Zollvereins in Erwägung gezogen worden; zur Zeit ist aber deshalb noch kein Beschluß gefaßt. Ähnliche Erhebungen haben ergeben, daß die Ausfuhr der Pferde aus Norddeutschland überhaupt bis jetzt noch eine unbedeutende ist, und daß sie in Süddeutschland nicht den gewöhnlichen Verkehr im tiefsten Grade übersteigt. Die Erklärungen der europäischen Großmächte, welche die Erhaltung des Friedens selbst wollen, und die hierüber von denselben gemachten Vorstellungen haben auch die Kriegesfuhr, welche ganz Deutschland vereint finden würde, für jetzt in den Hintergrund gedrängt.“

Hr. v. Verdenfeld erhebt sich, um, da auf Erinnerung des zweiten Präsidenten eine Diskussion nicht stattfinden darf, eine „faktische Bemerkung“ zu machen. Er weiß nämlich aus den „allerbesten Quellen“, daß es in Süddeutschland und Bayern von Pferdehändlern „wimmle“, die aber Lindau vermeiden und ihre Pferdebetriebe über Ulm und Friedrichshafen dirigieren. Er bebauert schließlich, daß sich die Regierung zu ihren amtlichen Erhebungen nicht an die „rechten Leute“ gewendet habe. Damit wurde der Gegenstand verlassen.

Wiesbaden, 11. Febr. (Fr. 3.) Die Nachricht von der Kriegsbereitschaft unserer Armeeabtheilung kann insoweit als begründet angesehen werden, als auf die Beschaffung von Kriegsmunition, Schuhwerk und Feldrequisiten Rücksicht genommen werden soll, zu welchem Zweck ein kleiner Theil der Verurlaubten, welche vermöge ihrer Handwerkskenntnisse bei jenen Anschaffungen verwendet werden können, einberufen ist. — Die Reisen des Oberleutnants und Flügeladjutanten v. Ziminaki an die Höfe von Wien und Berlin werden mit der von unserem Lande einzunehmenden Stellung im Falle eines Angriffes auf Oesterreich in Verbindung gebracht. Der deutsche Sinn unseres Herzogs bürgt uns dafür, daß wir da stehen werden, wo deutsches Recht und deutsche Ehre zu vertheidigen sind. Beides ist, worüber hier nur Eine Stimme, in Italien der Fall.

Koblenz, 11. Febr. Die „Koblenzer Zeitung“ ist überzeugt, daß die Franzosen, wenn sie Oesterreich in Italien besiegt hätten, sofort auf die Rheinregion losgehen würden, und schließt mit folgenden Worten:

„Würde ein solcher Krieg begonnen, nachdem Oesterreich, vereinzelt, in Italien unterlegen, so möchte wohl Oesterreich sich eben wenig dabei betheiligen, da seine Länder auch vom Rheine entfernt liegen. Eine zuwartende Politik kann unter diesen Umständen zu Nichts fruchten. Eine ernstliche, entschiedene Erklärung von ganz Deutschland, daß es einen

Angriff gegen Oesterreich in Italien auch für sich als einen Casus belli betrachte, würde allein geeignet sein, der drohenden Gefahr mit Erfolg entgegenzutreten. Der Eingang der goldenen Bulle lautet: „Omne regnum in se divisum desolabitur.“

Köln, 11. Febr. (Köln. Ztg.) Heute ist eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse von Wahlmännern des Kölner Wahlbezirks an ihre drei Abgeordneten in Berlin abgegangen, die folgendermaßen lautet:

Hochgeehrte Herren! Die allgemeine Unruhe, in welche der an der Seine erhobene Kriegslärm die Welt versetzt, veranlaßt die unterzeichneten Wahlmänner des Kölner Wahlbezirks, sich an Sie zu wenden, um ihren Wünschen für das Wohl und die Ehre des deutschen Vaterlandes einen Ausdruck zu geben.

Zunächst wird allerdings durch die von Paris ausgehenden Drohungen der Po als das Kriegsziel bezeichnet; aber Niemand täuscht sich darüber, daß die Kriegseläste eigentlich und hauptsächlich nach dem Rheine hinströben. Schon hört man das Wort von den „natürlichen Grenzen Frankreichs“ ausgesprochen, — jenes Wort, das jeden Deutschen mit gerechtem Zorn erfüllt, namentlich aber uns Rheinländer, die wir innerhalb dieser unnatürlichen Grenzen wohnen. — Uns täuscht auch nicht der Vorwand der Befreiung Italiens, weil wir es wohl durchschauen, daß eine etwaige Befreiung unserer österreichischen Brüder in Italien dort nur die schlimmere französische Herrschaft an die Stelle setzen würde.

Aber noch sind die Würfel des Krieges nicht gefallen; noch kann das deutsche Volk die ungeheure Macht seiner öffentlichen Meinung in die Waagschale legen, um der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten. Man wird sich bedenken, die Verträge leichtfertig zu zerreißen, sobald man überzeugt ist, daß Deutschland, welches eine Million Streiter unter seinen Fahnen verammelt, jeden Friedensbruch zu ahnden entschlossen ist, sobald man weiß, daß Preußen, das Schwert Deutschlands, die Sache des bedrohten Bundesstaates zu der seinigen macht. Ginge aber die Verblendung so weit, daß die erste Maßnahme Deutschlands nicht beachtet würde, dann wäre allerdings ein sofort mit aller Kraft geführter Krieg besser geeignet, der Welt den Frieden schleunigst wiederzugeben, als eine schmachvolle Neutralität.

Legtere glauben wir allerdings nicht erwarten zu dürfen, da Preußen die furchtbare Ehre, welche ihm die Geschichte der Jahre 1805 und 1806 gab, nicht vergessen haben wird. Nichtsdestoweniger können wir es nicht verschweigen, daß es uns mit großer Freude erfüllen würde, wenn die Stimmung des deutschen Volkes, die in allen Gauen dieselbe ist, von der Betretung unseres engeren preussischen Vaterlandes der Welt kund gethan würde. Die jüngste Forderung der Vaterlandsliebe in der bayrischen Kammer hat uns wahrhaft erquickt und in uns die Ueberzeugung gefaßt, daß Deutschland durch seine entschlossene Haltung den Frieden erhalten und das Ende eines Krieges von den Kulturvölkern Europas abwenden kann.

Wir können es von unserm Standpunkte aus zwar nicht beurtheilen, ob sich vielleicht Gründe der höhern Politik einer sofortigen Meinungsäußerung der preussischen Volksvertretung entgegenstellen; aber wenn es auch bei uns der harte königliche Wille ist, welcher die auswärtigen Beziehungen regelt, so glauben wir doch, daß die Krone der Unterstützung der Nationalvertretung nicht unbezogen kann. Wir bescheiden uns aber gern und stillen es Ihnen anheim, nach Ihrer besten Einsicht vieler und vielleicht unbekannter Verhältnisse zu erwägen, ob Sie in dem von uns angedeuteten Sinne wirken können und dürfen. Das Eine können wir uns aber nicht versagen, Ihnen unsere Wünsche und Gesinnungen, die von dem ganzen deutschen Volke getheilt werden, darzulegen.

Genehmigen Sie etc. (Folgen die Unterschriften.)

Berlin, 11. Febr. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Wie es heißt, bemüht sich Frankreich sehr darum, daß Preußen erklären möge, es werde sich bei einem etwaigen österreichisch-französisch-piemontesischen Kriege neutral verhalten. Es ist ja natürlich nicht daran zu denken, daß die Richtigkeit jenes Gerüchtes vorausgesetzt — Preußen sich zu sich einer traurigen Erklärung versehen werde; aber wir wollten doch mit zwei Worten der Sache erwähnen. Je energischer Preußen solch eine Forderung abweist, je mehr man in Paris den Eindruck hat, daß das Berliner Kabinet eintretenden Falls gewillt ist, mit Entschiedenheit die preussischen und deutschen Interessen gegen französische Angriffe zu vertreten, desto eher wird der Friede Europas zu erhalten sein.“

Berlin, 12. Febr. (Fr. 3.) In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten brachten sechs polnische Abgeordnete einen Antrag auf Schluß der „durch völkerrechtliche Verträge und allerh. Erklärungen verbürgten Gerechtigkeiten“ der polnischen Nation, namentlich auf Abwendung der systematischen Vereinträchtigung der polnischen Sprache ein. Bei den Wahlprüfungen wurde die Wahl des Abg. v. Papelt (3. Danziger Wahlbezirk) beanstandet. Ebenso die des Abg. v. Platen in demselben Wahlbezirk, bei der viele Unregelmäßigkeiten vorgefallen sein sollen.

Wien, 11. Febr. Der „Wien. Ztg.“ zufolge hat der Kaiser wieder 17 politische Flüchtlinge aus Böhmen, Galizien, Ungarn und Siebenbürgen begnadigt. Es sind keine bekannte Persönlichkeiten darunter.

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Die heute erschienene Broschüre Emile de Girardin's (sie führt den Titel: „La guerre“) hat große Sensation erregt. Man versichert zwar, sie sei der Phantasie des ehemaligen Chef-Redakteurs der „Presse“ allein entsprungen, aber man darf doch nicht übersehen, daß derselbe jetzt eine offizielle Stellung hat, und er außerdem zu den intimen Freunden des Prinzen Napoleon gehört. Was Hr. v. Girardin verlangt, ist folgendes: Eine Allianz mit Rußland, um Frankreich seine sogenannten natürlichen Grenzen wieder zu verschaffen, indem man der ersten Macht dafür die Freiheit der Meere dadurch verschafft, daß man Englands Oberherrlichkeit über dieselben vernichtet. Frankreich — meint er — dürfe sein Pulver nicht unnütz verlieren, indem es dasselbe auf Oesterreich abfeueret; es müsse sich desselben bedienen, um es gegen England und Preußen zu gebrauchen, denn Frankreich könne keinen Krieg führen, der die Verträge von 1815 aufrecht und Waterloo ungerächt lasse. Ich will nicht weiter untersuchen, in wie weit Hr. v. Girardin inspirirt ist, sondern mich einfach auf die Bemerkung beschränken, daß ein Krieg zur Wiederherstellung der Grenzen des ersten Kaiserreichs, den Girardin vorschlägt, in Frankreich größern Anhang finden dürfte, als die Idee der Broschüre: „Napoléon III. et l'Italie“, die den Krieg gegen Oesterreich in Aussicht stellt, um Italien seine Freiheit zu geben. Da die letztere Idee keinen besondern Anhang gefunden hat, so ist es nicht unmöglich, daß man damit beginnen wird, womit man eigentlich aufhören sollte. — Die Rüstungen dauern übrigens immer im großartigsten Maßstabe fort. Die Garde wird durch Truppen, die man in den übrigen Regimentern auswechselt, verstärkt, und letztere erhalten durch die Leute, die bisher auf Urlaub waren, tagtäglich neuen Zuwachs.

Paris, 12. Febr. Laut kaiserl. Dekret im heutigen „Moniteur“ werden die Ostrobarrieren von Paris vom 1. Jan. 1860 bis an die Festungswerke hinausgerückt. — Auch der „Constitutionnel“ bringt heute die Proklamation des Generals Mac Mahon an die nach Frankreich zurückkehrende Division Renaud, setzt jedoch bei, daß dieselbe durch das 3., 4., 12. und 24. Regiment in Algier ersetzt werden soll. — Die Unterhandlungen mit England wegen Neu-Fundland sollen neuerdings nicht aufgenommen werden. Von französischer Seite ist Kapitän La Roncière le Nourry zum Kommissar ernannt. — Die Situation ist unverändert. Die Presse bewegt sich in den bekannten Geleisen, und die Rüstungen dauern fort. „Die Arsenale von Vincennes und Metz — schreibt man dem „Nord“ — senden Tag für Tag bedeutende Massen Kriegsmaterial und Munition nach Marseille und Toulon. Ein Befehl des Kriegsministers bezieht auch, eine gewisse Anzahl Arbeiter für den Proviantdienst zu rekrutiren.“ Der „Independance“ wird in Betreff der Rüstungen gemeldet: „Man spricht fortwährend von großen Massen Kriegsmaterials, die nach dem Süden geschafft werden. Die Verproviantirungen in Marseille sind so beträchtlich, daß Weggerburischen aus verschiedenen Städten Frankreichs requirirt wurden; unter anderen hat das Ministerium eine Anzahl Wegger aus Lille holen lassen. Die Anzahl der Schiffe des Staates, die in unseren Kriegshäfen in Kommission liegen, beträgt dem Vernehmen nach etwa 200; aber diese Bestimmung besagt freilich noch nicht, daß die Armirung dieser Schiffe sofort erfolgen werde.“ — Den Präsesen sollen scharfe Befehle zugegangen sein, jede Opposition gegen die Regierungspolitik in der Presse oder durch Demonstrationen zu unterdrücken. In Paris werden die deutschen Zeitungen so systematisch konfiszirt, daß man mitunter kaum eine einzige an öffentlichen Orten zu sehen bekommt. — Börse. Der Beginn der Börse war flau, und die Preise angeboten. Da aber kein Anlaß zu weiterer Reaktion vorhanden war, und die Baissiers ihren Nutzen realisirten, wurde Rente fester. Von 67.85 ging sie auf 68 und sogar 68.05. Die Hausiers zählten noch immer auf die Bemühungen der Diplomatie. Cred. mob. und Eisenbahn-Aktien waren nur wenig belebt. Die Börse schließt gut. Rente 68.20 — 68.15. Man wußte, daß die Vereinerung der Spekulanten auf dem Boulevard heute Abend streng unterzagt war, was mehrere Verkäufer veranlaßte, zu liquidiren.

Paris, 12. Febr. Wie ich heute aus guter Quelle vernehme, soll die Türkei den Vorschlag gemacht haben, der Pariser Konferenz die Frage vorzulegen, welche sich auf die Gültigkeit der Wahlen in der Balachai und Moldau bezieht. Ich glaube, daß sich die Mächte über diesen Vorschlag noch nicht verständigt haben, aber wahrscheinlich dürften sie ihn ohne Schwierigkeitserhebungen genehmigen. Wenn man die vorgestern im Oberhaus gesprochenen Worte Lord Mallesbury's: „In Anbetracht der Ereignisse, welche in den Donaufürstenthümern stattgefunden haben, ist es mehr als wahrscheinlich, ja sogar gewiß, daß sich die Konferenzmitglieder neuerdings versammeln werden; auf jeden Fall dürften die unterzeichneten Beisitzer die Auslegung zu präsen und festzustellen haben, welche den verschiedenen Klauseln dieser Konvention zu geben ist“, in Erwägung zieht, so scheint England ganz bereit zu sein, die Diskussion über diesen Vorschlag aufzunehmen. Man sieht daher einer demnächstigen Zusammenkunft der zweiten Bevollmächtigten der Konferenz entgegen, da zweifelsobne von dieser Konferenz, welche auch noch über die Donaufürstenthümer-Frage zu entscheiden hat, die Sprache ist.“

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Dem. Kroenlein.

